

## Stilfragen - oder: Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen

Von Jens Wenzel

**Agiert die Landesregierung selbstherrlich oder lässt sie sich ihre Entscheidungen nur nicht diktieren? Diese Frage sorgt derzeit für Funkstille zwischen dem Erfurter Wirtschaftsministerium und den IHK.**

**Erfurt/Suhl** - Matthias Machnig zeigt sich gelassen: "Nach wie vor gilt der Spruch von Herbert Wehner: Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen", zitiert der SPD-Politiker am Dienstag in Erfurt. Die Rausgeher, das zielt in diesem Fall auf die drei Thüringer Industrie- und Handelskammern (IHK), die sich am Vortag demonstrativ und laut schimpfend aus den Gesprächen des Wirtschafts- und Innovationsrates zurückgezogen haben.

"Wir fühlen uns missachtet", erläutert der Hauptgeschäftsführer der Südthüringer IHK, Ralf Pieterwas, den Schritt. Wiederholt seien die Kammern bei einsamen Entscheidungen des Ministers einfach übergangen worden. Nicht zuletzt auch bei der von Machnig gestern vorgestellten neuen Export-Förderung in Thüringen. Hier sollen künftig alle Fäden bei der Landesentwicklungsgesellschaft zusammenlaufen, so die Botschaft. Während man bei diesem Thema noch in langen Vorbereitungsrunden mit dem Ministerium gesessen habe, seien die neuen Richtlinien bereits rückwirkend zum Jahresanfang im Kraft gesetzt worden, klagt Pieterwas. Da könne man solcherlei Aibi-Veranstaltungen auch gleich sein lassen.

Während das offenbar der Punkt war, der das Fass bei den Kammern zum Überlaufen brachte, liegt vielen Unternehmen im Freistaat vor allem die gekürzte Förderung schwer im Magen - Zuschüsse gibt es für sie nur noch, wenn eine gewisse Quote beim Einsatz von Leiharbeitern nicht überschritten wird. Damit will Machnig Thüringen endlich weg- bringen vom Image des Billiglohnlandes. "Darin werde ich von einer Mehrheit der Thüringer bestätigt, die das für das dringendste Problem halten."

Mit dem Schritt hatte der Wirtschaftsminister, dem seit seinem Amtsantritt in Thüringen höhere Ziele nachgesagt werden, bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Die Zeitarbeits-Branche rief denn auch am Montag dazu auf, gegen diesen Thüringer Weg zu klagen. "In überregionalen Zeitungen wird das Handeln aus Erfurt als Posse verlacht", beklagt Pieterwas.

Insgesamt ist das Verhältnis zwischen den Kammern und dem für sie zuständigen Minister zerrüttet. Machnig, der schon mal einen Gewerkschaftsfunktionär mit auf eine Unternehmerreise nach Nordamerika nimmt, wird sich auch kaum neue Freunde unter den Firmenchefs machen, wenn er jetzt erklärt: "Die Landesregierung ist keine verlängerte Werkbank der Kammern." Im Übrigen, so sagt er, gebe es auch Thüringer Unternehmer, die ihn per e-Mail kontaktiert und in seiner Haltung unterstützt hätten: "Die Kammern sind nun einmal nicht gleichbedeutend mit der Wirtschaft."

Die Wirtschaft ihrerseits ist von früheren CDU-Landesregierungen verwöhnt. Während sich Ministerpräsident Dieter Althaus gern mit befreundeten Unternehmern umgab, hat Nachfolgerin Christine Lieberknecht dieses Thema offenbar völlig an ihren Koalitions-Wirtschaftsminister abgetreten. Ob sie sich jetzt als Streitschlichterin profiliert und beide Seiten wieder an einen Tisch bringt, bleibt offen. Immerhin haben die Streithähne gleichlautend versichert, dass sie nach wie vor gesprächsbereit seien.

